

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Mühsam, Berlin.
Telefon: Karl Stern 4100/4101



Stützpunkt für Verlag und Geschäftsstelle:
Berlin SO 4, Zehn-Juli-Platz 6
Telefon: Geydus

Die Zeitung erfolgt im Selbstverlag.
Der Inhalt ist nur ein Grund für den Ausschluss der Zeitung aus den öffentlichen Bibliotheken.
Der Preis beträgt 10 Pfennig, wenn nicht anders vermerkt ist. Abbestellen für Berlin SO 4, Berlin.

Berlin, den 20. Dezember 1932.

In: Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Lasst sie strampeln!

Kommunistische Dummheit, gepaart mit Gewissenlosigkeit.

SPD. Die Verantwortungslosigkeit der Kommunistischen Partei gegenüber den Klasseninteressen der Arbeiterschaft zeigt sich wieder im hellsten Lichte. Eine Schlammschlacht von Lügen, Verdächtigungen und Verleumdungen ergiesst sich über die Sozialdemokratie und ihre oppositionelle Haltung. Es gibt keine sozialdemokratische Opposition - so heult die kommunistische Presse - die Sozialdemokratie steckt mit Schleicher unter einer Decke.

Die Dummheit dieser Verdächtigung ist der Beweis für die tödliche Verlegenheit der Kommunistischen Partei. Als die Sozialdemokratie scharf und konsequent den Kampf gegen Papen geführt hat, schrie die kommunistische Presse über die "wilde Dauerpolemik der SPD gegen Papen", so als ob sie den Beruf gehabt hätte, sich schützend vor Papen zu stellen. Nachdem Papen gestürzt ist und die Sozialdemokratie konsequent den Kampf in der Opposition gegen das Kabinett Schleicher fortsetzt, wütet die KPD-Presse gegen die sozialdemokratische Opposition.

Aus Mangel an Geist und Grundsätzen hat die KPD ihre ganze Agitation gegen die Sozialdemokratie eingestellt auf das bequeme Schema: die Sozialdemokratie regiert, also ist sie an allem schuld! Weil das Schema so gar nicht auf die heutige Phase des sozialdemokratischen Klassenkampfes passt, bleibt der KPD nichts anderes übrig als zu leugnen, dass die Sozialdemokratie die Opposition gegen die Reaktion führt! Daher die Rolle von schmutzigsten Lügen, getreu der historischen Rolle der KPD, immer dann am meisten gegen die Sozialdemokratie zu wüten, wenn sie am schiefsten im Kampfe gegen die Reaktion steht!

Die oppositionelle Haltung der Sozialdemokratie - das ist das Zeichen für die Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland. Was aber tun die Kommunisten ausser ihrem Beruf der Verleumdung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung? Sie setzen nach wie vor ihre kleinen politischen Lumpereien fort, der Reaktion in Parlamenten und Gemeinden Positionen in die Hand zu spielen und die Herausbildung geschlossener Arbeiterfronten zu verhindern. Sie suchen nach wie vor mit den schmutzigsten Mitteln die niedrigsten Instinkte zu wecken. Sie hindern damit die Ausbildung eines klassenpolitischen Bewusstseins der Arbeiterklasse und suchen an dessen Stelle Hass und Neid von Arbeitern gegen Arbeiter zu setzen! Sie hetzen notleidende Proletarier in Kampffronten, die mit sozialpolitischem Klassenkampf nichts zu tun haben. Spontane Hungerrevolten sind sehr ernste und erschütternde Ereignisse - aber der Versuch, Hungerrevolten im kleinen zu parteipolitischen Zwecken zu organisieren, ist verwerflich, er führt lediglich zur Demoralisierung der Arbeiterbewegung.

Wo ist der Ausweg, den die Kommunisten der notleidenden Arbeiterschaft und den Erwerbslosen zeigen kann? Die Parole Sowjetdeutschland ist keine Lösung - niemand weiss das besser als die Führung der Kommunistischen Partei selbst!

Die Kommunistische Partei ist heute ohne klare politische Taktik. Sie huldigt der schlimmsten Form des politischen Opportunismus, die es gibt: dem Opportunismus der scheinrevolutionären Phrase aus Verlegenheit. Sie betreibt eine Politik der Vertreibung von törichten und fruchtlosen Illusionen! Aus Verlegenheit holt sie die weltrevolutionäre Phraseologie wieder aus der Mottenkiste hervor. Die erstaunten Leser des kommunistischen Zentralorgans erfahren, dass die Weltrevolution wieder unmittelbar vor der Tür steht. Sie marschiert angeblich in England und Frankreich und Spanien, in Bulgarien, Griechenland, der Tschechoslowakei, Belgien und selbst in - Dänemark.

Dies Wiederaufleben der weltrevolutionären Phrase ist verdächtig. Wenn voll Grossmüdigkeit den deutschen Arbeitern vorgelogen wird, dass sie "mächtige revolutionäre Verbündete" haben, dann ist dies das Zeichen dafür, dass man in der Kommunistischen Partei mit neuen Gewissenlosigkeiten spielt. Oder soll die weltrevolutionäre Illusion ein Propagandamittel gegen die Sozialdemokratie sein?

Wir lassen die wiederauferstandenen Weltrevolutionsschwärmer strampeln. Wenn sie genug gestrampelt haben, wird der Schwindel platzen! Heute erzählen sie, die Dowjetunion habe in China bereits ein Gebiet mit 80 Millionen Menschen den Imperialisten entrissen - wo denn? - dabei demütigt sich die Sowjetunion vor dem japanischen Imperialismus bis zum äussersten! Die weltrevolutionäre Phrase und die chinesischen Märchen sind Mittel, die deutschen Arbeiter von der bewussten realpolitischen Vertretung ihrer Klasseninteressen in Deutschland abzuhalten!

Die realpolitische Vertretung der proletarischen Klasseninteressen in Deutschland aber ist die sozialdemokratische Opposition. Die Kommunistische Partei hat ihr nichts entgegenzusetzen als eine hasserfüllte Welle von Verleumdungen und die Aufwärmung ihrer Weltrevolutionsträume. Das ist ein Geständnis der Verlegenheit, der Schwäche, der politischen und sozialistischen Impotenz!

SPD. Im Hauptausschuss des Preussischen Landtags wurden am Dienstag mehrere sozialdemokratische Anträge angenommen.

Die Zustimmung des Ausschusses fand ein Antrag, der die Nichtanrechnung der auf Grund freier Zusatzversicherungen gewährten Rentenbezüge bei Anträgen auf Stundung oder Erlass der Hauszinssteuer vorsieht, ferner ein Antrag über die Regelung der Aufrechterhaltung der Anwartschaft der Wohlhabenden in der Sozialversicherung. Der Antrag verlangt die Bereitstellung von Reichsmitteln, damit die Fürsorgeverbände dieser für sie selbstverständlichen Pflicht nachkommen können. Angenommen wurde auch ein sozialdemokratischer Antrag, der sich gegen die durch den Zwickel-Erlass herbeigeführte Gefährdung der Freikörperkultur wendet. Die Regierung wird in diesem Antrag ersucht, die Freikörperkulturbewegung von der Anwendung des Runderlasses vom 19.8.32 auszuschliessen und die Fristen für die Durchführung der gegen die Adolf Koch-Schule geplanten Massnahmen bis zum 1. April 1933 zu verlängern.

SPD. Dresden, 20. Dez. (Eig. Drahtb.)

Der sächsische Landtag nahm am Dienstag die Amnestievorlage der sozialdemokratischen Fraktion in der von der Regierung abgeänderten Form an.

Die Regierung erklärte vor der Abstimmung, dass sie über den von ihr abgeänderten Entwurf nicht hinaus gehen könne. Bestände der Landtag auf der ursprünglich von ihm angenommenen Fassung der Vorlage, so würde sie von ihrem verfassungsmässigen Recht Gebrauch machen und das Volk befragen, sodass die Amnestie vor Weihnachten nicht mehr in Kraft treten würde. Daraufhin fielen die Nazis um und lehnten alle sozialdemokratischen Anträge, die das Ziel hatten, die bereits mit Hilfe der Nazis angenommene Fassung der Vorlage wieder herzustellen ab. Die Vorlage wurde dann in der von der Regierung vorgelegten Fassung angenommen. Das Gesetz unterscheidet sich von der im Landtag ursprünglich angenommenen Vorlage insbesondere dadurch, dass die Bestimmungen über die Begnadigung von politischen Vergehen und Verbrechen ebenso gefasst sind wie in der vom Reichstag angenommenen Amnestievorlage, während die zunächst vom Landtag angenommene Fassung in vielen Punkten weiter ging als die geplante Reichsamnestie.

SPD. Leipzig, 20. Dez. (Eig. Drahtb.)

Vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig holten sich die Nationalsozialistische Fraktion des preussischen Landtags bzw. der von ihr gestellte Landtagspräsident am Dienstag gleich zwei Niederlagen.

Der Staatsgerichtshof lehnte zunächst den nationalsozialistischen Antrag, die von dem alten Landtag beschlossene Aenderung der Geschäftsordnung für verfassungswidrig zu erklären, ab. Durch diese Aenderung der Geschäftsordnung wird bestimmt, dass der Ministerpräsident mit absoluter Mehrheit gewählt werden muss, während vorher die Wahl durch einfache Mehrheit möglich war.

Die zweite Niederlage holten sich Kerrl und Genossen dadurch, dass der Staatsgerichtshof einer Klage der Sozialdemokratischen Fraktion stattgab und Kerrl bescheinigte, dass er die preussische Verfassung verletzt hat, indem er im August die Einberufung des Landtags, die von der Sozialdemokratie beantragt war, wochenlang hinauszögerte.

SPD. Die Schleicher-Regierung hat am Dienstag die angekündigte Notverordnung zur "Erhaltung des inneren Friedens" veröffentlicht. Mit ihr werden die Notverordnungen des Kabinetts Papen vom 15. und 28. Juni und vom 9. August aufgehoben.

Aufgehoben sind im einzelnen die Sondergerichte, die ohne Vorverfahren und ohne die Möglichkeit einer Revision drakonische Strafen verhängen konnten, wobei die Zulassung eines Beweisantrages in das willkürliche Ermessen des Sondergerichtes gestellt war. Aufgehoben sind ferner die Bestimmungen über Einschränkung der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit und die Bestimmungen über die Zeitungsverbote. Amtliche Berichtigungen, die sogenannten "Auf-lagenachrichten" fallen fort. Beseitigt sind ferner die Verordnungen über mi-litärähnliche Verbände und die Kannbestimmung über Uniformverbote. Damit sind die wesentlichen Einschränkungen der persönlichen und gesellschaftlichen Freiheit und Justizrechtes gefallen.

Ein Irrtum aber, zu glauben, das Kabinett Schleicher hätte den alten Rechtszustand der Weimarer Verfassung wiederhergestellt. Die Verordnung vom 19. Dezember gliedert sich in 19 Paragraphen, die die Papenmaterie neu ordnen. Gegenüber Papen und seiner Kommissariatswirtschaft in Preussen besitzen wir jetzt grössere Freiheiten, aber es sind genug Fussangeln gelassen, in denen

die Verwaltung sowohl des Vereins= als auch das Presserecht in Fesseln schlagen kann. Diese Fussangeln tragen die Marke: "Hoch= und Landesverrat", und berechtigen die obersten Landesbehörden, sowohl Vereine aufzulösen als auch Zeitungen zu verbieten. Die Zukunft wird lehren, was eine Behörde als Hoch= und Landesverrat betrachtet und wie sie die ihr durch die neue Notverordnung in die Hand gegebene Machtvollkommenheit anwendet. Bisher sahen wir, dass alle Notverordnungswaffen, gegen rechts zumeist mit dem stumpfen Rücken angewendet wurden, während nach links die haarscharfe Schneide niederfuhr. Einen Kommentar dazu lieferte auch die Rundfunkrede des Kanzlergenerals. In ihr wurden der Kommunistischen Partei schärfste Massnahmen angedroht. Es ist kein Zweifel, dass die neue Notverordnung den Landesbehörden wie dem Reichsgericht eine Vollmacht ausstellt, über die Zukunft der kommunistischen Organisationen und ihrer Presse. Herr Hitler hingegen wird sich auch in Zukunft auf seine Legalitätsschwüre berufen, trotz Bomben und Handgranaten und trotz der Drohung, jedem Feind die deutschen Grenzen solange preiszugeben, als die Verfassung von Weimar existiere und nicht das Dritte Reich.

Am 31. Dezember läuft das Republikenschutzgesetz ab. Das Kabinett Schleicher verlängert es nicht. An seine Stelle treten einige mit der neuen Verordnung in Kraft tretende Bestimmungen. Darunter befindet sich vor allem ein verstärkter Schutz für die Person des Reichspräsidenten und für die Wehrmacht. Die Verächtlichmachung des Reiches, der Länder, der Staatsform und ihrer Flaggen steht unter den gleichen Strafbedingungen wie bisher.

Das ist der Kern der neunzehn neuen Notparagrafen, das politische Weihnachtsgeschenk für das deutsche Volk. Es ist aber nicht ein Engel mit dem Palmreis, der es bringt, sondern ein Weihnachtsmann mit der Rute. Indem er die Gaben austeilte, fügt er drohend - im Gesetzblatt - hinzu: sollten die Milderungen der Ausnahmebestimmungen ihren Zweck verfehlen, Hetze und Gewaltakte andauern, so sind die Massnahmen bereits druckfertig. Der Stock liegt bereit, mit dem unbarmherzig dreingeschlagen werden soll. Zuckerbrot und Peitsche, das sind die beiden Mittel, mit denen die präsidiale Diktatur Schleicher regieren will. Die Freiheit und Selbstbestimmung eines souveränen Volkes ist das nicht. Das Zuckerbrot des Kanzlergenerals schmeckt bitter und duftet nach Kommissbrot.

SPD- Hamburg, 20. Dez. (Eig. Drahtb.)

Eine Illustration zu dem Einheitsfrontgeschrei der KPD. liefert der Fall des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Jürgensen, der kürzlich in Elmshorn die Wahl eines Sozialdemokraten zum Bürgermeister ermöglichte. Der rechtsbürgerliche Kandidat fiel durch.

Dieser Ausgang der Wahl hat die KPD. gegen Jürgensen auf den Plan gerufen. Sie leitete gegen Jürgensen ein Verfahren ein, das jetzt damit endet, dass Jürgensen sich selbst "von der Falschheit seiner Auffassung überzeugt" hat und durch eine in der kommunistischen "Hamburger Volkszeitung" abgegebene Erklärung zur Kenntnis gibt, dass seine Haltung der politischen Linie der Kommunistischen Partei widersprochen habe. Seine falsche Haltung bei der Abstimmung habe nur dem Wunsche entsprochen, noch besser als bisher den sozialfalschistischen Charakter der Politik der Sozialdemokratie entlarven zu können. Aber auch dieser Gesichtspunkt sei falsch gewesen. Nur durch schärfsten Kampf gegen die sozialdemokratischen Führer werde es der KPD gelingen, den Masseneinfluss der SPD zu brechen, und nur auf diese Weise sei der siegreiche Kampf um den Sozialismus möglich.

Form und Inhalt der Erklärung lassen deutlich erkennen, dass Jürgensen, der für würdig befunden wurde, die KPD im Reichstag zu vertreten, eine ihm von der Bezirksleitung diktierte Erklärung unterschrieb und sich damit selbst geohrfeigt hat. Nicht genug damit fügt das Kommunistenblatt im Fettdruck hinzu,

dass mit dieser Erklärung "den Reformisten und allen Opportunisten eine energische Abfuhr in ihrer Spekulation auf Hilfe aus unserer Partei erteilt" worden ist. Eine einzigartige Illustration zu dem Einheitsfront-Geschrei der Moskauer Mameluken.

SPD. München, 20. Dez. (Eig. Drahtb.)

Der vom kommunistischen Erwerbslosenausschuss Südbayern organisierte Hungermarsch nach München endete am Dienstag mit einer kläglichen Demonstration von kaum 300 Leuten vor dem Münchener Rathaus.

Trotzdem seit Tagen das Kommunistenblatt, Handzettel und Flugblätter in den Dienst des Hungermarsches gestellt waren, zeigte sich nirgends ein Zugang von auswärtigen Demonstranten. Aber auch in München selbst übte die Parole nach den öffentlichen Warnungen der Polizei keine nennenswerte Zugkraft aus. Wohl sammelten sich um die Mittagsstunde Zehntausende von Neugierigen am Rathaus und in den zum Marienplatz führenden Strassen, die sich aber jeder geschlossenen Kundgebung enthielten. Erst gegen 1 Uhr versuchte eine grössere Anzahl Jugendlicher den Anordnungen der Polizei zur Verkehrsregelung entgegenzuhandeln und aus einer Seitenstrasse geschlossen zum Rathausplatz vorzudringen. Mit dem Gummiknüppel wurde dieser Versuch im Keime erstickt. Innerhalb einer Stunde war die ganze Gegend um das Rathaus gesäubert. Mehrere Personen wurden verhaftet. Die kommunistischen Führer nahmen an der kommunistischen Demonstration nicht teil. Sie hatten sich zur gleichen Stunde in den Räumen ihrer Bezirksleitung zu einer Sitzung versammelt.

SPD. Kiel, 20. Dez. (Eig. Drahtb.)

Der Vorsitzender Nationalsozialistischen Partei in Ueckersen, der zugleich Stadtverordneter ist, ein Steuerberater Voss, wurde wegen Unterschlagung auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft verhaftet. Voss galt in Ueckersen als besonders eifriger Bekämpfer des "marxistischen Untermenschentums."

SPD. Königsberg, 20. Dez. (Eig. Drahtb.)

Mit absoluter Mehrheit hat der Kreistag des Kreises Gerdauen am Dienstag beschlossen, seinen bisherigen Landrat, den Reichstagsabgeordneten Werner Lufft, der von Bracht in die Wüste geschickt worden war, wieder als Landrat in Vorschlag zu bringen. Darüber hinaus hat der Kreistag mit 13 zu 9 Stimmen an die Adresse der Preussenkommissare einen Antrag gerichtet, der sich entschieden gegen die seinerzeit unter befremdenden und die Staatsautorität keineswegs fördernden Umständen erfolgte Abberufung des Landrats Lufft wendet, dessen Verwaltungstätigkeit auch von seinen politischen Gegnern anerkannt worden sei. Der Kreistag fordert die Kommissare auf, dass dem Kreise und der Kreisbevölkerung zugefügte Unrecht wieder gut zu machen und den Landrat Werner Lufft wieder als Landrat einzusetzen. Für den kommissarischen Landrat Knöpfler wurden nur 5 Stimmen abgegeben.

SPD. Der Reichsrat stimmte am Dienstag der vom Reichstag angenommenen Amnestievorlage mit 44 gegen 19 Stimmen zu.

Der von der bayrischen Regierung beantragte Einspruch fand nicht die erforderliche Mehrheit. Ausser Bayern stimmten nur Württemberg, Berlin und der

Vertreter der Provinz Brandenburg für den Einspruch. Es enthielten sich der Stimme die Vertreter der Provinz Hannover und der Länder Braunschweig und Mecklenburg=Strelitz. Alle übrigen Vertreter stimmten gegen den Einspruch.

SPD. Paris, 20. Dez. (Eig. Drahtb.)

Der bisherige Finanzminister Germain Martin hat am Dienstag seinem Nachfolger Chéron die Geschäfte übergeben und ihm eine genaue Aufstellung über den Kassenbestand des Schatzamtes überreicht. Danach verfügt das Schatzamt über Barmittel in Höhe von rund 600 Millionen Francs. Ausserdem kann es nach dem letzten Ermächtigungsgesetz für die Ausgabe von Schatzbonds noch für fast 1,8 Milliarden Francs Schatzscheine ausstellen. Schliesslich erhält das Schatzamt noch aus zwei Anleihen, die zur Deckung von Vorschüssen aufgelegt worden sind, eine Milliarde Francs. Die Lage des Schatzamtes ist also nicht so ver zweifelt, wie es in den letzten Tagen geschildert worden war. Trotzdem wird die Ausgabe neuer Schatzbonds notwendig werden, da die Steuereinnahmen bedeutend hinter den Einschätzungen zurückbleiben. Bis November betragen die Mindereinnahmen schon über fünf Milliarden Francs.

SPD. Nach dem Vorbild seines grossen Adolf hat der Führer der Danziger Nazipartei, ein Herr Kreiser, einem Sonderberichterstatter des Warschauer Regierungsblasses "Kurjer Poranny" ein Interview gewährt. Genau wie sein Herr und Minister, der Oberosaf, redet auch der Osaf von Danzig in zwei Zungen. Die eine tritt in den Versammlungen der Nazipartei in Funktion; die zweite gegenüber ausländischen Journalisten. Zum Vertreter der "Pollacken"=Zeitung sprach der Nazi wie folgt:

"Ich glaube absolut an die Möglichkeit einer wirtschaftlichen und politischen Verständigung zwischen Polen und Danzig. Ich bin überzeugt, dass, wenn wir in Danzig am Ruder wären, wir eine Verständigung mit Polen weit rascher und besser erzielen könnten, als der gegenwärtige Senat. In der Verfassungslage, in der sich Danzig gegenwärtig befindet, kann man mit Polen arbeiten. Wir stehen auf dem Boden der Verträge (!) und ihrer Durchführung. Das Danziger Problem hat nichts mit der Korridorfrage zu tun"(!) Nach bekannter Art wird morgen der Danziger Naziführer erklären, der polnische Journalist habe sich diese Worte aus den Fingern gesogen!

SPD. Paris, 20. Dez. (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag flog in dem Pariser Vorort Antony ein Militärflugzeug, entgegen den Vorschriften, in geringer Höhe über die Häuser, stürzte ab und fiel auf ein Dach. Das ausströmende Benzin entzündete sich an dem heissen Motor und setzte das Flugzeug sowie das Haus in Brand. Obgleich die Feuerwehr schnell zur Stelle war, gelang es nicht den Flieger zu retten. Er verbrannte bei lebendigem Leibe. Das gleiche Schicksal ereilte eine Bewohnerin des Hauses, eine 57jährige Witwe. 15 Hausbewohner und zwei Polizeibeamte, die sich an den Rettungsarbeiten beteiligten, wurden teils leicht, teils schwer verletzt. Nicht der Verun glückten mussten in ein Krankenhaus geschafft werden.

SPD. Der von der Kommissariatsregierung Papen in den Ruhestand versetzte sozialdemokratische Landrat Kranold ist inzwischen als Bürgermeister der Stadt Haynau bestätigt worden.

SPD. Stuttgart, 20. Dez. (Eig. Drahtb.)

Der württembergische Landtag ersuchte am Dienstag die Regierung im Reichsrat für die Amnestie stimmen zu lassen. Trotzdem blieb die Regierung bei ihrer ablehnenden Haltung. Die Sozialdemokratische Fraktion stellte daraufhin folgenden Antrag gegen die Regierung:

"Der Landtag erhebt schärfsten Protest gegen die Erklärung der Regierung, dass sie dem vom Landtag verfassungsmässig gefassten Beschluss über die Abstimmung der württembergischen Vertreter im Reichsrat zur Amnestievorlage nicht entsprechen werde. Die württembergische Regierung verstösst damit nicht nur gegen den Willen der Mehrheit des Landtags, sondern auch gegen den Willen der grossen Mehrheit des württembergischen Volkes, gegen den Willen einer Zweidrittelmehrheit des Reichstages und damit gegen den Willen einer erdrückenden Mehrheit des deutschen Volkes, gegen den Willen der Reichsregierung und gegen den Willen des Reichspräsidenten. Das Verhalten der württembergischen Regierung stellt eine Herausforderung der breitesten Schichten des Volkes dar und wird vom Landtag entschieden verurteilt."

Als mit der Beratung des Antrags begonnen werden sollte, traf aus Berlin die Nachricht von der Annahme der Amnestievorlage durch den Reichsrat ein. Der sozialdemokratische Antrag wurde schliesslich abgelehnt. Angenommen wurde ein nationalsozialistischer Antrag, der sich ebenfalls scharf gegen das Verhalten der Regierung wendet.

SPD. Der Ältestenrat des Reichstags lehnte am Dienstag die Anträge auf Zusammentritt des Reichstags am Donnerstag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten ab.

Reichsarbeitsminister Syrup hatte zu Beginn der Sitzung mitgeteilt, dass die Regierung beabsichtige, die zeitliche Dauer ihrer Winterhilfsaktion bis Ende März auszudehnen, die Verbilligung von Lebensmitteln und Brennstoffen in Aussicht genommen sind und der Personenkreis auf alleinstehende Unterstützungsempfänger ausgedehnt werde. Bei einer Verbilligung von vier Pfund Fleisch im Monat und zwei Zentnern Kohle zu 30 Pfennigen ergebe sich ein Gesamtverbilligungsbetrag pro Monat von 1,80 Mark. Bei 6,9 Millionen Hauptunterstützungsempfängern verursache also die Winterhilfe eine zusätzliche Ausgabe von rund 40 Millionen Mark. Dazu kämen noch einige Millionen für die Speisung von Jugendlichen.

Abg. Stöhr (Natsoz) meinte, wegen der Winterhilfe sei keine Sitzung notwendig, es drohe sonst ein Konflikt mit der Reichsregierung. Die Nationalsozialisten scheuten zwar den Konflikt nicht, aber jetzt könne man ja den Hilfsbedürftigen doch nicht helfen. Ihm antwortete Abg. Löbe (Soz.) mit dem Hinweis, dass wegen einer Verbesserung der Winterhilfe keine Regierung den Mut haben werde, den Reichstag aufzulösen. Die Massnahmen der Regierung zur Winterhilfe blieben so weit hinter den Erwartungen zurück, dass man die Möglichkeit, im Reichstag etwas Besseres zu beschliessen, benützen müsse.

Auf Wunsch der Nationalsozialisten, denen es sichtlich unbequem war, in so schroffem Gegensatz zu ihren bisherigen starken Worten zu gelangen, äusserte sich dann Staatssekretär Planck. Er warnte vor dem Zusammentritt des Reichstags. Die Regierung habe seit der Amnestie ihr Entgegenkommen gegenüber dem Reichstag bewiesen. Bei Beschlüssen des Reichstags, die finanziell untrag-

bar seien, drohe ein ernster Konflikt. Werde der Reichstag vor Weihnachten einberufen, so sei mit einem sofortigen Konflikt zu rechnen.

Abg. Stöhr (Natsoz) machte dann schliesslich noch den Versuch, durch den Antrag, den Zusammentritt des Reichstags kurz nach Weihnachten zu beschliessen, aus der unbequemen Lage herauszukommen. Als er hierbei den Widerspruch seines Freundes Göring fand, zog er seine Anregung zurück, während Göring überhaupt eine Beschlussfassung über den Termin der nächsten Reichstags-sitzung kurzerhand verhinderte.

Es war ergötzlich wie sich die nationalsozialistischen Redner widersprachen.

SPD. Die neue Amnestie ist die grösste seit November 1918. Eine genaue Angabe über die Zahl der Amnestierten kann noch nicht gegeben werden. In Preussen allein gibt es 15 000 Verurteilte aus politischen Gründen. Von ihnen verbüssen gegenwärtig etwa 6 000 ihre Strafe. Auf das Reich ausgedehnt erhöht sich diese Zahl auf rund 9000. Mit wenigen Ausnahmen werden sie jetzt das Gefängnis oder Zuchthaus verlassen.

Gleichzeitig kommt die Amnestie in Preussen 4 - 6000 Personen zu gute, die wegen Vergehen aus wirtschaftlicher Not Strafen verbüssen. Im gesamten Reichsgebiet ist mit einer Amnestierung von 20 000 Personen zu rechnen. Von ihnen befinden sich etwa 10 000 in Haft- Sie werden zum grossen Teil noch vor Weihnachten die Freiheit wiedererlangen.

SPD. Das Schöffengericht im württembergischen Ludwigsburg verurteilte drei SA-Leute wegen Einbruch und Diebstahl zu je 4½ Monate Gefängnis. Diese "Erneuerer Deutschlands" hatten sich während ihrer Tätigkeit für das Dritte Reich zu einer regen Einbrecherkolonne entwickelt.

Schluss des politischen Teil - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Kleiner Graf, was nun?

SPD. Der Strasser=Krach in der Nationalsozialistischen Partei enthüllt eine persönliche Erbärmlichkeit nach der anderen. Wo sind die sogenannten Sozialisten in der NSDAP, was tun sie dagegen, wenn nach dem Protestschritt Strassers Hitler den Kurs fest auf die Kapitalknechtschaft nimmt? Es melden sich jetzt die Leute, die ähnliche bittere Erfahrungen wie Gregor Strasser schon hinter sich haben. In den "Deutschen Nachrichten" schreibt Reinhold Wulle:

"Bei den Monarchenbesuchen früherer Zeiten meldeten die Zeitungen: Die Monarchen küsst sich auf beide Wangen. Was sie nicht hinderte den Dolch im Gewande zu tragen. Bei Hitler ist das genau so, die Nazi=zeitungen melden gerührt, die ganze Reichstagsfraktion habe Hitler in Görings Wohnung - geräumig muss sie sein, um 200 Erwählte zu fassen - spontan, und zwar jeder einzeln erneut den Treueid geschworen, einschliesslich Gottfried Feder. Regie ist alles. Wir kennen heutige Naziabgeordnete, die uns im Jahre 1927 nachmittags 3 Uhr die Treue schworen, um auf gleichen Abend zu desertieren. Im übrigen, Graf Ernst zu Reventlow, kleiner Mann, was nun? Wolltet Ihr nicht bei Eurem Uebertritt zur NSDAP Gregor Strasser stützen, um den Mussolini im Westentaschenformat, wie er Hitler zu nennen pflegte, ins Altenteil zu schicken? Schwört Ihr auch ewige Treue im braunen Gewand? Sicher, Ihr schwört!"

Er hat geschworen, der kleine Graf! In einem windelweichen Artikel im "Reichswart" "Parteifragen" überschrieben, macht Ernst Graf zu Reventlow in Verkleisterung. Man wird sich wieder zusammen setzen, man wird sich wieder vertragen, es wird alles schon wieder gut werden! Aus jeder Zeile leuchtet die Verlegenheit und die Erbärmlichkeit eines Mannes hervor, der sich als Gesinnungsgenosse der Sozialisten in der NSDAP bezeichnet und der einen nach dem andern von ihnen verlassen, vergessen und verraten hat! Sozialismus in der NSDAP? Sehr Euch die sogenannten Sozialisten an, wie diesen Grafen Ernst zu Reventlow mit ihrem Mangel an Konsequenz und Bekennermut, wie sie immer wieder und immer weiter mitlaufen im Unternehmerkurs!

Auch Goebbels hat sich einst zu den Sozialisten in der NSDAP gezählt, auch er hat kräftig mit Otto Strasser zusammen auf das sozialistische Pferd gesetzt. Aber dieser Sozialismus geht zum Teufel, wenn es gilt, Front zu machen gegen Hitler und seinen Unternehmerkurs. Sie bleiben alle bei ihm, denn bei ihm ist - die Kasse!

Ein Unterführer von Röhm.

Es hat noch keine politische Organisation gegeben, in der so viele Verkommenheit und moralische Haltlosigkeit zutage getreten ist, wie in Hitlers SA! Die Zahl der SA=Leute und der SA=Führer, die sittlich gestrauchelt sind, ist Legion! An der Spitze steht ein Mann, dessen moralische Haltlosigkeit gerichtsnotorisch ist. Ist es ein Wunder, dass in den Kreisen seiner Unterführer die sittliche Verkommenheit Platz greift?

Ein neuer Fall leuchtet aufs Neue in diesen Sumpf hinein. Der SA=Führer von Karlsgrün in Oberfranken ist ein gewisser Heinrich Horn. Dieser Erneuerer der deutschen Kultur hat seit Jahren seinen beiden eigenen Töchtern nach-

gestellt. Während die Aeltere sich mit Erfolg wehrte, hat er die Jüngere jahrelang unter Zwang und Drohungen zur Blutschande gezwungen. Er ist jetzt wegen fortgesetzten Verbrechens der Blutschande zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Dieser Mann hat in der rohesten und gewaltsamsten Form seine väterliche Autorität missbraucht, um sich seine eigene Tochter gefügig zu machen. Das ist die Schule der neuen Kultur in Hitlers SA! Kann man sich darüber wundern, dass solche Elemente dem Hitlersumpf zulaufen, wenn Leute wie Röhm, Münchmeyer & Co. die bevorzugten Freunde von Hitler sind?

Erst hetzen, dann feige!

Einer jener Hakenkreuzpastoren, die das Christentum zur Aufhetzung zum Mord gegen Andersdenke missbrauchen, ist der Nazipastor Probst aus Oberrad bei Frankfurt a.M.. Er hat laut deklamiert, dass man mit der Waffe in der Hand gegen die jeweils Herrschenden zu Felde ziehen müsse. Seine Hetzereien waren selbst dem evangelischen Landeskirchenrat zu viel, so dass er gegen den Hetzpfarrer einschritt. Die grössten Hetzer aber sind bekanntlich selbst feige. So auch dieser Hetzer im Talar. Er versucht nun weinerlich in der Nazipresse sich darauf auszureden, dass er nur aus Notwehr gegen den Bolschewismus gehetzt habe:

"...können wir uns darauf gefasst machen, in Kürze nicht nur zum Schweigen verurteilt, sondern ermordet zu werden. Die Bolschewisten warten sehnsüchtig darauf. Ist es nun da etwas, das den Herrn Präsidenten des Landeskirchenrats mit Bestürzung erfüllen muss, wenn ich sage, dass wir uns gegen diese Feinde mit der Waffe in der Hand wehren wollen?"

Welche Angst dieser Gottesstreiter plötzlich um sein eigenes kostbares Leben zeigt! Wenn es um Leben und Gesundheit der nichtnationalsozialistischen Menschen geht, zeigen die nationalsozialistischen Hetzpastoren weit weniger Besorgnis! Da segnen sie das Messer, den Revolver und selbst die Sprengbombe! Die christliche Idee ist im übrigen gewachsen nicht mit der Waffe in der Hand, sondern durch das Märtyrertum. Aber von dieser Glaubenserfülltheit, die das eigene Leben um der Idee willen hingibt, ist im Hakenkreuzchristentum in der evangelischen Kirche längst keine Spur mehr. Hier herrscht die Hetze, verbunden mit der Feigheit!

Juden, Juden!

Weil es bedenklich in Hitlers Laden kracht, beginnt die Judenhetze in der widerlichsten Form aufs Neue. Hitler hat sich in der Person des Herrn Ley einen bewährten und blutigen Judenhetzer herangeholt. Die Spuren einer neuen antisemitischen Welle zeigen sich in der NSDAP an allen Ecken und Enden. Das Pogromgegröhle soll den inneren Krakeel verdecken. - Aber die Praxis ist eben doch ganz anders. Jeder Tag liefert kleine Fälle, die die Konsequenz dieser Judenhetzer im hellsten Licht erstrahlen lässt. Da ist ein Obernationalsozialist bei den J.G. Farben in Ludwigshafen. Der verspeist Juden zum Frühstück und zum Abendessen. Er wütet gegen die jüdischen Warenhäuser. Aber er kauft all seinen Bedarf nur in einem jüdischen Warenhaus in Ludwigshafen. Als Begründung führt er an: "Beim Juden kaufe ich billiger!" Er will wahrscheinlich alle Juden totschlagen, weil er gerne mehr bezahlen möchte!

Eine andere Geschichte aus München. Vor einem Einheitspreisgeschäft steht ein Nazimann mit einem dicken Hakenkreuz. Plötzlich ein Griff, das Hakenkreuz verschwindet vom Mantelaufschlag in der Hosentasche und der Nazi im Einheitspreisgeschäft. - Was soll das nur noch werden, wenn das jüdische Gift trotz Herrn Ley selbst die wackersten Nationalsozialisten verseucht!

„Aus aller Welt“

Die zerschlagenen Löwen.

Eine "Kunstdebatte" im römischen Senat. - Mussolini hat ein kurzes Gedächtnis.

SPD. Rom, Ende Dezember (Eig. Ber.)

In Italien gehen die Wogen der Erregung wieder einmal hoch. Grund: In jugoslawischen Dalmatien hat man sich an italienischen Bürgern vergriffen; in Veglia gab es sogar Tote; an anderen Orten sind italienische Geschäftsreisende verprügelt worden. Aber mehr noch als diese Attentate auf Leib und Leben italienischer Staatsbürger empört die italienische Öffentlichkeit, dass man in Jugoslawien nicht einmal vor ihrem Hoheitszeichen Halt macht: dem steinernen Löwen. In einer der letzten römischen Senatsitzungen beschäftigte man sich mit der "Affäre". Corrado Ricci, ein bedeutender Kunsthistoriker und Generalverwalter der staatlichen Sammlungen, brachte die Hauptinterpellation ein, auf die der Duce selbst im Namen der Regierung erwiderte.

Zwei "Schandtaten" der Jugoslawen hob Ricci besonders heraus: die Errichtung einer Heiligenstatue im Vorhof des römischen Kaiserpalastes in Spalato und eben jene "Löwenjagd". Nun, innerhalb der gigantischen Trümmer des Diocletians in Spalato hat sich die Kirche bereits vor Jahrhunderten mit einer Kathedrale und einer Taufkapelle eingenistet. Wenn die neuen Herren ihren besonderen Schutzheiligen, den Gregor von Nona, hinzufügen, so ist das für einen unparteiischen Beobachter nichts besonders Frevelhaftes. Aber der heilige Bischof, der der römischen Kirche in Demut und Milde diente, hatte die Kühnheit, für die östlichen Völker die slavische Kirchensprache einzuführen und der lateinischen damit den Krieg zu erklären. Das ist der Grund, weshalb der heilige Gregor von Nona als ein "nordisches Schreckbild", eine "Fratze", bezeichnet wird. Die Dalmatiner, die ihn in Spalato aufgestellt haben, machten sich damit einer Verletzung nicht nur der römisch-katholischen sondern auch der römisch-nationalen, d.h. faschistischen Gefühle schuldig.

Die jugoslawische "Löwenjagd" richtet sich gegen das Wappen und Hoheitszeichen der "ehrwürdigen" Republik Venedig, gegen den bekannten Markuslöwen. Vor vier oder fünf Jahren fand die erste nächtliche Jagd auf jenes gefährliche Tier in Sebenico statt. Man hat den Markuslöwen, das Symbol des Evangelisten und gleichzeitig der "Serenissima", der seit über hundert Jahren mausetoten Republik, heruntergeholt, zerschlagen, "geschmäht". Nach Sebenico kam Veglia daran, nach Veglia Arbe, und nun auch noch die Insel Trau. Hier waren besonders viele Jagdtiere zu erlegen: mehr als ein halbes Dutzend musste daran glauben, an Stadttore und öffentlichen Gebäuden aus der venezianischen Zeit. Sogar mit Dynamit sind die Opfer "erlegt", d.h. untergesprengt worden. Nicht einmal die Oesterreicher haben sich während ihrer doch gewiss verhassten Herrschaft an diesen Löwen vergriffen - im Gegenteil: sie haben ihnen sogar besonders Schutz angedeihen lassen.

Mussolini unterstrich die Worte des Interpellanten. Er nahm die Kroaten von der Verantwortung für die Freveltat aus; sie hätten während des Krieges weder die Markuslöwen, noch die übrigen römischen Denkmäler angetastet und die Vandalismus von Trau ausdrücklich missbilligt. Umso schwerer fällt sein Zorn auf diejenigen, die "in Belgrad in der Regierung sitzen und vergeblich versuchen, durch einen Pressefeldzug die italienische Kaltblütigkeit, die

schon so oft auf die Probe gestellt wurde, zu reizen". Sie verfolgten "trübe Absichten", wenn sie auch die "Maske der falschen Pazifisten trügen", die er stets als die wahren Gefahren für den Frieden gebrandmarkt habe. "Die Löwen von Trau sind zerstört, aber mehr als je sind sie zu einem lebendigen Sinnbild und zu einem sicheren Zeugnis geworden. Nur rückständige und ungebildete Menschen können sich einbilden, dass damit, dass man Steine vernichte, die Geschichte ausgetilgt werden könnte".

Die Leute, die nach diesen Worten in dem überfüllten Saal heftig "Bravo" schriehen, müssen ein kurzes Gedächtnis haben. Sonst wäre ihnen vielleicht eingefallen, dass ihr Mussolini sich des nämlichen Vandalismus schuldig gemacht hat, als er in Bozen das Denkmal Walters von der Vogelweide kaputtgeschlagen liess, ein Kulturdenkmal, nicht weniger ehrwürdig als die Hoheitszeichen eines längst untergegangenen Staates - ausgerechnet einer bürgerlichen Republik, die der Faschismus am allerwenigsten anerkennen würde.

-r.

+ + +

Grippe in U.S.A. Die Südstaaten von Amerika werden von einer schweren Grippewelle heimgesucht. Innerhalb einer Woche wurden aus 89 Städten 807 Todesfälle, die auf Grippe zurückgeführt werden, gemeldet. Auch in Mexiko sind viele Personen an Grippe erkrankt.

+ + +

Auch ein Traktätchenhändler. In Rastenburg wurde ein Traktätchenhändler unter dem Verdacht, einen achtjährigen Knaben ermordet zu haben, verhaftet.

+ + +

Bis zu 95 Kindern! Der württembergische Lehrerverein veranstaltete unter seinen Mitgliedern eine Umfrage über die infolge des allgemeinen Lehrerberaus entstandene Erhöhung der Klassenfrequenz. Es wurde festgestellt, dass manche Lehrer in einer Klasse bis zu 95 Kindern zu unterrichten haben.

+ + +

Schacks Schulden. Professor Schack in Königsberg, ein angesehenes Mitglied der dortigen Handelshochschule, wird der Veruntreuung beschuldigt. Der Gelehrte soll nach einer amtlichen Mitteilung aus einer nichtamtlichen Klasse der "Gesellschaft der Freunde und Förderer der Handelshochschule" 5 500 Mark ohne die Genehmigung der zuständigen Persönlichkeiten für private Zwecke entnommen haben; ebenso soll durch Schack die Senatskasse geschädigt worden sein. Professor Schack macht geltend, dass er beabsichtigt hätte, die entnommenen Gelder, deren Gesamtbetrag sich noch durch erhebliche Gehaltsvorschüsse vermehrt, wieder in die Kassen zurückzuzahlen; der Rückgang seiner Einnahmen habe ihn aber daran gehindert. Der Gelehrte hat einen Nervenzusammenbruch erlitten.

+ + +

Der Fall Enoch. Der Haftbefehl gegen den Hamburger Arzt Dr. Enoch, der auf Grund einer unverantwortlichen nationalsozialistischen Hetze im Verdacht stand, minderwertige Impfstoffe hergestellt und vertrieben zu haben, wurde aufgehoben. Die Vernehmungen der Untersuchungsrichter ergeben wohl, dass sich Dr. Enoch durch gelegentliche Selbstanfertigung von Plomben mehrfach formaler Vergehen schuldig gemacht hat; es bestehen jedoch keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass der Arzt verbrecherisch handelte.

Dr. Enoch hatte nach seiner Verhaftung versucht, sich mit Hilfe einer Starrkrampfinjektion das Leben zu nehmen. Die schweren Nachwirkungen dieses Selbstmordversuchs wurden durch eine Lungenentzündung gesteigert. Enoch liegt in einem Hamburger Krankenhaus; sein Leben ist noch immer gefährdet.

+ + +

Passfälscher verhaftet. In Berlin wurde der seit längerer Zeit steckbrieflich gesuchte Passfälscher Harry Ramin verhaftet. Ramin war u.a. "Lieferant" des im Oktober d.Js. wegen Devisenschlebung zu 2 Jahren Gefängnis verurteilten Berliner Gerichtsassessor Dr. Henning Böhmer.

+ + +
Ein Gangster erschossen. Der Chicagoer Gangster Frank Nitti, Nachfolger Al Capones, wurde bei einer plötzlichen Polizeiaktion gegen das Hauptquartier der von ihm geführten Bande erschossen.

Nitti hatte fürchten müssen, verhaftet zu werden. Als ein Polizeisergeant sah, dass der Bandenhauptling zwei ihn offenbar sehr belastende Blätter zu zerreißen und zu verschlucken versuchte, kam es zu einem erbitterten Ringen zwischen Nitti und dem Sergeanten. Plötzlich zog Nitti einen Revolver, zielte auf seinen Gegner und verletzte ihn. Dann wurde der Bandenchef von einem andern Polizisten niedergeschossen.

Die Chicagoer Polizeiaktion erfolgte auf Grund der von Bürgermeister Cermak verlangten verschärften Aktivität der Polizei im Kampf gegen das Verbrechen. Die Chicagoer Banden und speziell die Capone-Nitti-Bande hat sich in letzter Zeit darauf verlegt, Restaurateure zur Abnahme von grossen Mengen geschmuggelten Alkohol zu zwingen; die Gauer fürchten nämlich, mit der Aufhebung der Prohibition auf ihrer Ware sitzen zu bleiben. Die Polizeiaktion gegen das Hauptquartier der Nitti-Bande war von Erfolg gekrönt: die Polizei traf gerade während einer "Sitzung" ein: sechs Komplizen Nittis - vermutlich Unterführer - konnten verhaftet werden. Ausserdem wurde die gesamte Korrespondenz der Bande beschlagnahmt; ihre Entzifferung stösst aber auf Schwierigkeiten, da alle Briefe in Geheimschrift abgefasst sind.

+ + +
Ein Hohenzoller verknackt! Das Arbeitsgericht Potsdam verurteilte Prinz Friedrich Leopold von Preussen Sohn (zurzeit Lugano) zur Zahlung von 1 063 Mark nachträglicher Pension und Gewährung einer monatlichen Rente von 59 Mark an die 67jährige Witwe Bartsch, deren Ehemann während seines ganzen Lebens im Dienste des Vaters des Beklagten gestanden hatte. Prinz Friedrich Leopold Sohn und seine Haus- und Erbgutverwaltung hatten die Zahlung einer Pension als im Widerspruch zu allen guten Sitten abgelehnt.

Augenblicklich läuft vor dem Potsdamer Amtsgericht auch noch eine zweite gegen den Prinzen Friedrich Leopold Sohn gerichtete Klage eines Potsdamer Kohlenhändlers. Der Kläger hat zur Zwangsversteigerung des persönlichen Mobiliars im Jagdschloss Klein-Glienicke 100 Zentner Brennstoff geliefert, da man den Auktionsbesuchern den Aufenthalt in den kalten Räumen nicht zumuten konnte, Jetzt behauptet der Prinz, dass die Kohlen der Auktionator bezahlen müsse.

+ + +
"Die Bosheit der Menschen..." Erwin Strauss, der Sohn des Walzertraum-Komponisten Oskar Strauss, beging in Monte Carlo einen Selbstmordversuch. Er nahm eine derart starke Dosis eines Schlafmittels ein, dass er ins Krankenhaus von Manaco eingeliefert werden musste; sein Zustand ist bedenklich. In seinem Hotelzimmer fand man einen Brief, in dem es heisst: "Ich begehe Selbstmord, weil die Bosheit der Menschen, auf die ich bei der Durchführung aller meiner Pläne stosse, mich am Leben hindert."

+ + +
Bauunglück. Beim Einsturz eines Baugerüsts in Marseille verunglückten zwei Arbeiter tödlich; zwei Arbeiter erlitten lebensgefährliche Verletzungen.



Hilfe für die Jugend.

Ein Erfolg der Gewerkschaften.

SPD. Am Mittwoch wird das Reichskabinett abschliessend über die Neugestaltung der Winterhilfe beraten. Wie das Gesamtbild der Winterhilfsmassnahmen aussehen wird, lässt sich im Augenblick noch nicht sagen. Sicherlich bleibt es, gemessen an der Not, unbefriedigend. Immerhin scheint wenigstens in einem Punkt ein gewisser Fortschritt erzielt zu sein: für die jugendlichen Erwerbslosen wird ein besonderes Hilfswerk zur Durchführung kommen.

Die Anregung dazu kam aus den Gewerkschaften. Vor allem hat der allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, als der Ruf nach der Schaffung einer neuen Winterhilfe durch die Öffentlichkeit ging, durch seinen Jugendsekretär einen Appell an die verantwortlichen Stellen gerichtet, die jugendlichen Erwerbslosen bei der Neugestaltung der Winterhilfe nicht zu vergessen. In diesem Appell wurde darauf aufmerksam gemacht, dass für die kommenden vier Monate nur etwa 100 000 Erwerbslose im Freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt werden und dass Hunderttausende jugendlicher Arbeitsloser im Winter hungernd und frierend auf der Strasse liegen, wenn nicht wirksame Hilfe für sie geschaffen werde. Zweierlei wurde als Hilfe vom ADGB gefordert: erstens müssten die die jungen Erwerbslosen erfassenden Massenorganisationen in die Lage versetzt werden, im weitesten Umfang Veranstaltungen der verschiedensten Art für die erwerbslose Jugend zu treffen, indem ihnen kostenlos geeignete Räume oder die Mittel hierfür zur Verfügung gestellt werden und zweitens müsse ermöglicht werden, dass bei all diesen Erwerbslosenveranstaltungen wie auch bei den Kursen der Arbeitsämter und sonstigen Schulungsmassnahmen mindestens eine warme Mahlzeit und ein kräftiges Stück Brot gegeben wird. Diese Hilfsmassnahmen seien vom Reich aus und zwar über die Arbeitsämter durchzuführen.

Das Reich wird nun im Rahmen seiner Winterhilfe allen Verbänden und Stellen, die die jugendlichen Erwerbslosen mindestens vier Stunden am Tag durch berufliche, sportliche und jugendpflegerische Tätigkeit beschäftigen, einen Zuschuss zur Gewährung einer warmen Mahlzeit bereitstellen. Pro Kopf und pro Tag soll ein Zuschuss von 25 Pfennig gezahlt werden. Die Hilfsaktion soll sich auf die Jugendlichen im Alter bis zu 25 Jahren erstrecken. Im ganzen rechnet man mit einer Bereitstellung von 9 bis 10 Millionen durch das Reich. Natürlich sollen nicht Reichsmittel allein die Hilfe für die Jugend finanzieren, - das Reich will mit seiner Finanzhilfe in erster Linie einen Anstoss zu örtlicher und auch privater Mithilfe geben. Wer also von den jugendlichen Erwerbslosen an der Schulungsarbeit des Winters sich beteiligt, braucht das nicht mit hungrigem Magen zu tun. Wer an seinem Weiterkommen arbeiten will, soll nicht hungern. Vor allem will man den aus dem Freiwilligen Arbeitsdienst zurückströmenden jugendlichen Erwerbslosen durch die Winterhilfe eine Stütze geben.

Die technische Durchführung der Hilfsaktion scheint noch nicht endgültig festzustehen. Die zweckmässigste Regelung empfiehlt der Vorschlag der

freien Gewerkschaften, die Hilfsmassnahmen vom Reich aus über die Arbeitsämter durchzuführen. Das Reich kann kein Interesse daran haben, mit seinen Geldern nun etwa indirekt gewisse Verbände zu finanzieren, die zur Zeit sich organisatorisch in Schwierigkeiten befinden und deshalb mit dem Bettelsack herumlaufen, während den Herren Führern das teuerste Hotel gerade gut genug ist. Vorsicht ist jedenfalls angebracht und jedenfalls sind die Arbeitsämter schon seit längerer Zeit die Stellen, in denen alle Hilfsmassnahmen für die jugendlichen Erwerbslosen ihre Zusammenfassung finden sollen.

SPD. Die Wenzeslaus-Grube bei Neurode ist erneut völlig stillgelegt worden. Aus den ungefährdeten Teilen der Grube hatten in den letzten beiden Monaten etwa 100 Bergleute für Invaliden und für die Hinterbliebenen von Grubenarbeitern freiwillig Kohle gefördert. =

4
In Ostoberschlesien wurde dieser Tage auf der staatlichen Grube Skarboferm in Königshütte eine neue mit allen modernen technischen Errungenschaften ausgestattete, Förderanlage in Betrieb genommen. Die Folge davon ist die Entlassung von 150 Arbeitern zum 1. Januar. Man rationalisiert blind drauflos, obwohl Zehntausende von Arbeitern auf der Strasse liegen.

Der vor kurzem von der Skarboferm-Grube gestellte Antrag auf Entlassung von 600 Mann wurde vom Demobilmachungskommissar nicht genehmigt; dieser erteilte nur die Erlaubnis zu einer "Beurlaubung" der 600 Arbeiter auf die Dauer von rund - 15 Wochen.

Die Verwaltung der Emmagrube bei Rybnik will 900 Bergleute zum 31. Dezember entlassen.

SPD. Die Kommunistenpresse verbreitet zur Zeit im Reich eine neue Schwindelmeldung, mit der der Nachweis geführt werden soll, dass die freien Gewerkschaften die Regierung Schleicher unterstütze. Der Vorsitzende des Ortsausschusses der freien Gewerkschaften von Gross-Hamburg, John Ehrenteit, soll sich nach der Behauptung der Kommunisten auf einer freigewerkschaftlichen Betriebsräteversammlung am 8. Dezember "für eine Unterstützung der Schleicherdiktatur" eingesetzt haben. Ehrenteit wird folgender Satz in den Mund gelegt: "Die Schleicher-Regierung wird die Aufgabe haben, andere und bessere Wege zur Arbeitsbeschaffung und zur Aufrechterhaltung der Sozialpolitik, andere und bessere Wege zur Aufrechterhaltung des Arbeitsrechtes zu zeigen, als dieses durch die Papenregierung geschehen ist." Aus diesem Satz, so erklären die kommunistischen Blätter, spreche unverhüllt das Vertrauen Ehrenteits und seiner Kollegen in der ADGB-Führung zu dem faschistischen Generalkanzler.

Zur Klarstellung des Sachverhalts sei aus dem Original-Manuskript der Ehrenteit'schen Rede der entscheidende Satz wiedergegeben. Er lautet:

"Sind die Gewerkschaften, und sie sind es, Anhänger positiver Wirtschaftspolitik, dann hatten die freien Gewerkschaften auch die geschichtliche Mission, angesichts des völligen Versagens der wirtschaftlichen Regierungsmethoden des verflommenen Herrn von Papen andere und bessere Wege zur Arbeitsbeschaffung, zur Aufrechterhaltung der Sozialpolitik und des Arbeitsrechtes zu zeigen."

Was also Ehrenteit als Aufgabe der Gewerkschaften gekennzeichnet hat, wird von den Kommunisten zur Meinung der Gewerkschaften über die Politik

der Schleicher-Regierung ungefälscht, um so eine *Unterstützung der Schleicherdiktatur* zu konstruieren.

Die kommunistischen Herrschaften können das Lügen nicht lassen. Das Lügen über die Gewerkschaften betrachten sie als ihre Hauptaufgabe. Die Gewerkschaften aber betrachten als ihre Hauptaufgabe, durch positive Kritik an der Tätigkeit der Regierung neue und bessere Wege zu zeigen. Und, wenn die Regierung sich belehren lässt - im Himmel ist mehr Freude über einen Sünder, der Busse tut, als über 99 Gerechte.

SPD. Die Reichsbahndirektion Frankfurt am Main hat sich mit ihrem arbeiterfeindlichen Kurs eine schwere Niederlage geholt. Sie hatte den Stammarbeitern, die sie in das Zeitarbeiterverhältnis überführen wollte, gekündigt. Von den Gekündigten erhoben einige Hundert auf den Rat des Einheitsverbandes der Eisenbahner hin Einspruch und klagten beim Arbeitsgericht. Sie erzielten ein günstiges Urteil. Die Kündigungen wurden als unbillige Härte bezeichnet.

Die Reichsbahndirektion hat sich schliesslich, da sie auch beim Landesarbeitsgericht kein Glück hatte, zu Verhandlungen bequemt. Nach den am Arbeitsgericht protokollierten Vergleichen muss sich die Direktion zur Zahlung von mehr als 170 000 Mark an 350 Einspruchskläger herbeilassen.

SPD. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands hat an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in der er eine ausreichende Winterhilfe zur Linderung der Not der Sozialrentner und Unterstützungsempfänger sowie rasche Milderung der Notverordnungsbestimmungen fordert. Er macht die Regierung nachdrücklichst darauf aufmerksam, dass in den Haushalten der Sozialrentner die Not unheimlich gestiegen ist. Es fehle am Allernotwendigsten. In erster Linie müsse daher eine ausreichende Belieferung mit Brot, Kartoffeln, Fleisch und Kohle sichergestellt werden.

Der Zentralverband erinnert die Regierung an seine Forderungen, die er im September bereits gegenüber dem Sozialabbau des Papenkabinetts (Invalidenrentenkürzung, Wegfall der Kinderzuschüsse, der Altwitwenrenten, Kürzung der Unfallrenten usw.) aufgestellt hat. Eine Revision der Notverordnung vom 14. Juni sei unerlässlich.

SPD. Ein Musterbeispiel für die Klassenkampfsolidarität der Kommunisten hat die RGÖ bei einem Steinsetzerstreik in Breslau geliefert. Der Streik brach aus, weil die Unternehmer einen Lohnabbau von 22 v.H. forderten und ein Schiedsspruch erging, der 7% Abbau vorsah. Geschlossen wurde die Arbeit niedergelegt. Nur 5 Kommunisten, die auf einer Baustelle im Vorort Goldschmieden tätig waren, lehnten die Beteiligung am Streik ab.

Ein zur Rede gestellter kommunistischer Funktionär erklärte, die RGÖ könne wegen der 5 Streikenden ihre 5 arbeitenden Kollegen nicht verhungern lassen. Wenn ihnen der Verband die Unterstützung zahlen würde, könne er - vielleicht den Versuch unternehmen, seine Leute zur Beteiligung an dem Streik zu bewegen.

Rubelinflation?

Russland erhebt drückendste Inflationssteuern.

SPD. Nach den Mitteilungen der Emissionsabteilung der Staatsbank ist der Notenumlauf in Sowjetrussland von 1 044 Millionen Rubel im Januar 1928 auf 3 430 Millionen Rubel im September 1932 gestiegen. In derselben Zeit wuchs der Gold- und Devisenbestand von 283 Millionen Rubel auf 732 Millionen Rubel an. Die Deckung betrug also im Januar 1928 = 27,1%; bis September 1932 ist sie auf 21,3% gefallen. Die gesetzliche Deckungsgrenze von 25% wurde erstmalig im August 1932 unterschritten.

Hinzu kommen aber noch "Geldzeichen des Finanzkommissariats" (Schatzanweisungen), die neben den Staatsbanknoten ausgegeben werden. Am 1. Juli 1932 erreichten sie bereits eine Höhe von 3,26 Milliarden Rubel bei 2,92 Milliarden Rubel Banknotenumlauf. Angaben über spätere Emissionen von Schatzanweisungen liegen nicht vor. Das tatsächliche Deckungsverhältnis dürfte also nicht bei 21%, sondern bei etwa 10% bis 12% liegen.

Seit dem Jahre 1928 ist der Rubel eine Binnenwährung; Ausfuhr wie Einfuhr von Rubelnoten ist untersagt. Der von der Sowjetregierung festgesetzte Zwangsumrechnungskurs für fremde Valuten hat für die Währung ebenso wenig Bedeutung wie die im Ausland gehandelten inoffiziellen Rubelkurse. Wäre z. B. im Jahre 1928 bei der Umstellung auf Binnenwährung der damals ausgewiesene Goldbestand von 282,81 Millionen Rubel verschwunden bzw. nicht mehr als Deckungsgrundlage verfügbar, so würde sich an der Binnenwährung selbst nichts geändert haben.

Wie hat sich nun der erhöhte Notenumlauf auf die Preise in der Sowjetunion ausgewirkt? Das Preisproblem gehört in der Sowjetunion zu den kompliziertesten Wirtschaftsfragen. Die starken Unterschiede zwischen Preisen in den Kooperativen und im freien Markt lassen z. B. irgend eine einheitliche Grundlage nicht aufkommen. Jeder Werktätige (Arbeiter, Angestellte etc.) ist in einer Kooperative, die ihn mit Lebensmitteln, Gegenständen des täglichen Bedarfs etc. zu billigen Preisen (auf Karten) versorgt. Aber einen nicht unwesentlichen Teil seines Bedarfs muss er sich im freien Markt zu Preisen beschaffen, die oft das Vielfache der Kooperationspreise betragen. 1 Pfund Brot kostet in der Kooperative 12 Kopeken, im freien Markt 1,50 Rubel, 1 kg Fleisch in der Kooperative 1,50 Rubel, im freien Markt 12 bis 15 Rubel. Für ein Mittagessen, für das in der Fabrikküche 1 bis 2 Rubel gezahlt wird, muss man im Restaurant (also ohne Karten) 8 bis 10 Rubel anlegen.

Dass die Preise und die ganzen Lebenshaltungskosten stark gestiegen sind, steht ausser Frage. Die inzwischen erfolgten Lohnerhöhungen stehen dazu in gar keinem Verhältnis. Diese Entwicklung lässt sich wohl damit erklären, dass dem erhöhten Zahlungsmittelumlauf keine erhöhte Produktion von Konsumgütern gegenüber gestellt werden kann. Die erhöhte Wirtschaftstätigkeit in der Sowjetunion bedingte von sich aus einen erhöhten Notenumlauf. Aber die erhöhte Tätigkeit bezog und bezieht sich in erster Linie auf die Schwerindustrie. Die Erschliessung neuer Rohstoffquellen, Errichtung von

Elektrizitätsanlagen, Bauten etc. etc. absorbieren heute den grössten Teil der Wirtschaftskräfte. Vernachlässigt wird die Fabrikation von Konsumgütern, an denen nach wie vor grösste Knappheit herrscht. Es ist klar, dass der erhöhte Notenumlauf eine erhöhte Nachfrage nach Konsumgegenständen hervorgerufen hat, die wiederum mangels ausreichendem Angebot eine Preissteigerung zur Folge hat. Das gleiche trifft auch für Lebensmittel zu: Infolge des verstärkten Exportes bei gleichzeitiger erschwerter Produktion ist auch hier eine Knappheit vorhanden, der der stark erhöhte Notenumlauf gegenüber steht.

Von einer "Flucht in die Sachwerte", dem bekannten Merkmal der Inflation, kann man in der Sowjetunion allerdings nicht sprechen. Das hängt vor allem damit zusammen, dass die der Bevölkerung zur Verfügung stehenden Beträge in erster Linie zur Befriedigung des notwendigsten Bedarfs (Lebensmittel, Kleidung etc.) herangezogen werden. Auch die staatlichen Anleihen absorbieren einen wesentlichen Teil der frei verfügbaren Mittel der Bevölkerung. Insgesamt belief sich der Betrag der untergebrachten Anleihen im Jahre 1928 auf 1388 Millionen Rubel, im Jahre 1929 auf 1967 Millionen Rubel, im Jahre 1931 auf 2 904 Millionen Rubel und am 1. Januar 1932 auf 6 043 Millionen Rubel. Hinzu kommt noch im laufenden Jahr die innere Anleihe des "vierten abschliessenden Jahres des Fünfjahresplans" in Höhe von 3,2 Milliarden Rubel. Bei der Zeichnung, die angeblich freiwillig ist, wird auf alle Teile der Bevölkerung ein indirekter Zwang ausgeübt. Praktisch kommt für den Werkstätigen die Zeichnung etwa dem Abzug eines Monatsgehalts, verteilt auf 1 Jahr, gleich. Der Verkauf der gezeichneten Anleihestücke wird ausserordentlich erschwert, ja zum Teil unmöglich gemacht.

Auch diese Erscheinung trägt zu einer gewissen Geldverknappung bei, die ja im Gegensatz zu einer Inflation steht, aber hier zu einem gewissen Teil künstlich hervorgerufen ist. Tatsächlich ist auch heute, während des Aufbaues der Sowjetwirtschaft, noch nicht zu übersehen, welcher Notenumlauf den Bedürfnissen der Wirtschaft entspricht und entsprechen wird.

Seit dem 1. September 1932 liegen keine neuen Ausweise über den gesamten Geldumlauf vor, so dass man wohl eine weitere besonders starke Zunahme der Zahlungsmittel annehmen muss.

Aus unseren Ausführungen folgt vor allem, dass sich Erzeugung und Produktion von Konsumgütern nicht in demselben Ausmass entwickelt haben wie der Zahlungsmittelumlauf. Durch diese Verschiebung wird das russische Volk mit einer beispiellos harten Inflationssteuer belastet. Inflationssteuer ist aber die härteste Steuer, die es überhaupt gibt. In einem derart abgeschlossenen Staat, wie es Russland ist, ist die Frage gleichgültig, ob die Grenze im Notenumlauf, die Inflation bedeutet, überschritten worden ist. Ausschlaggebend ist die Tatsache, dass über den Zahlungsmittelumlauf eine Steuer, die Inflationssteuer (überhöhte Preise), erhoben wird. In ihren Auswirkungen unterscheiden sich also die Vorgänge im russischen Währungswesen durch nichts von den Inflationen in kapitalistischen Ländern, die wir ja zur Genüge kennen.

SPD. Die Yenidze-Zigarettenfabrik in Dresden ist auf den Einfall gekommen, ihren Zigarettenpackungen Zinnsoldaten beizulegen. Wenigstens Yenidze verspricht sich davon grosse Erfolge. In einem Begleitschreiben heisst es hinsichtlich der Zinnsoldaten: Da jubeln die Kinder und die Erwachsenen sind begeistert. Wer Salem raucht, beglückt die Kinder. Das machen die Salem-Zinnsoldaten."

Seitdem Hitler trotz des jüdischen Tabakeinkäufers David Schnur seinen

Frieden mit dem Zigarettenkonzern Reemtsma - die Yenidze-Zigarettenfabrik gehört zum Reemtsmakonzern - geschlossen und den Befehl erteilt hat, Reemtsmainserate in die gesamte nationalsozialistische Presse aufzunehmen, glauben sich die Leute bei Reemtsma verpflichtet, auf ihre Art Propaganda für die "aufbauwilligen Kräfte" zu machen. Dass die Raucher der Reemtsmafabrikate aber keineswegs damit einverstanden sind, das beweisen uns Abschriften von zahlreichen Briefen, die an die Yenidze-Zigarettenfabrik in Dresden gerichtet sind. In einem der Briefe heisst es: "Augenblicklich empfinde ich allerdings noch starke Hemmungen, ob sich meine Begeisterung ihren Zigaretten oder den Zinnsoldaten zuwenden soll. Es ist wirklich zu freundlich von Ihnen, dass sie meine jahrelange Anhänglichkeit an die Salemfabrikate mit der Aufpulverung meiner Vorliebe für die Soldatenromantik belohnen. Von der Soldatenspielerei habe ich nämlich einen so guten Begriff, dass darunter die Begeisterung, die Sie wecken möchten, arg gelitten hat, ganz davon zu schweigen, dass Sie mir zumuten, meinen Kindern plausibel zu machen, wie sie den "handgranatenwerfenden deutschen Infanteristen" gegen den in Kampfstellung befindlichen "französischen Schützen mit Maschinengewehr" vorgehen lassen sollen. Mir schweben diese Dinge noch nach 14 Jahren schrecklichen Erlebens so wirklichkeitstreu vor, dass mir dadurch jeder Genuss an Ihrer Zigarette vergällt ist." Ein zweiter Briefschreiber, der ebenfalls mit den Zinnsoldaten nicht einverstanden ist, schreibt u.a.: "Als ich heute ein Paket von 500 Stück aufmachte und die erste 25er Packung öffnete, fand ich darin Zinnsoldaten. Ich erkläre Ihnen hiermit, dass ich, wenn diese heute bezogenen 500 Stück verbraucht sind, solange keine Zigaretten aus Ihrem Betrieb rauchen werde, bis Sie die Beigabe Ihrer Zinnsoldaten eingestellt haben. Sie können sicher überzeugt sein, dass vielleicht dreiviertel Ihrer Kunden, die diese Zinnsoldaten erhalten, diese in den Müllkasten oder ins Wasser, wo es am tiefsten ist, werfen, damit nicht etwa noch die harmlosen Kinder verseucht und zur Kriegspsychose erzogen werden. Es wäre wirklich besser und Sie würden Ihren Kunden viel besser dienen, wenn Sie ihnen durch einen eventuellen Preisnachlass oder durch eine Verbesserung der Qualität entgegenkommen würden."

Berliner Viehmarkt.

(20. Dez.)

SPD. Der Dienstagmarkt gilt als eigentlicher Hauptweihnachtsmarkt für Kleinvieh. Im Gegensatz zu früheren Jahren hielt sich aber das Angebot in Grenzen. So konnten durchweg höhere Preise durchgesetzt werden. Am Schweinemarkt war glattes Geschäft bei in allen Klassen anziehenden Preisen. Infolge grosser Knappheit konnten prima Lämmer besonders gewinnen. Ebenso waren prima Kälber knapp und höher bezahlt.

Notierungen: Schweine: a. über 300 Pfund -, b. 240 bis 300 Pfund 41-42 (38-39), c. 200 bis 240 Pfund 40 - 42 (37-38), d. 160 bis 200 Pfund 39 - 41 (34 - 37), e. 120 bis 160 Pfund 35 - 38 (32 - 34), Sauen 35 - 36 (34). Schafe: a. 30-31 (29), b. 27-28, (26-28), c. 24-25 (23-26), d. 17-23 (15-22). Kälber: b. 40-46 (38-43). c. 28-38 (27-35), d. 18-25 (17-25). Kühe: a. 21-24 (23-25), b. 18-20 (18-21), c. 15-17 (15-17), d. 10-14 (10-14).

Frieden mit dem Zigarettenkonzern Reemtsma - die Yenidze-Zigarettenfabrik gehört zum Reemtsmakonzern - geschlossen und den Befehl erteilt hat, Reemtsmainserate in die gesamte nationalsozialistische Presse aufzunehmen, glauben sich die Leute bei Reemtsma verpflichtet, auf ihre Art Propaganda für die "aufbauwilligen Kräfte" zu machen. Dass die Raucher der Reemtsmafabrikate aber keineswegs damit einverstanden sind, das beweisen uns Abschriften von zahlreichen Briefen, die an die Yenidze-Zigarettenfabrik in Dresden gerichtet sind. In einem der Briefe heisst es: "Augenblicklich empfinde ich allerdings noch starke Hemmungen, ob sich meine Begeisterung ihren Zigaretten oder den Zinnsoldaten zuwenden soll. Es ist wirklich zu freundlich von Ihnen, dass sie meine jahrelange Anhänglichkeit an die Salemfabrikate mit der Aufpulverung meiner Vorliebe für die Soldatenromantik belohnen. Von der Soldatenspiellerei habe ich nämlich einen so guten Begriff, dass darunter die Begeisterung, die Sie wecken möchten, arg gelitten hat, ganz davon zu schweigen, dass Sie mir zumuten, meinen Kindern plausibel zu machen, wie sie den "handgranatenwerfenden deutschen Infanteristen" gegen den in Kampfstellung befindlichen "französischen Schützen mit Maschinengewehr" vorgehen lassen sollen. Mir schweben diese Dinge noch nach 14 Jahren schrecklichen Erlebens so wirklichkeitstreu vor, dass mir dadurch jeder Genuss an Ihrer Zigarette vergällt ist." Ein zweiter Briefschreiber, der ebenfalls mit den Zinnsoldaten nicht einverstanden ist, schreibt u.a.: "Als ich heute ein Paket von 500 Stück aufmachte und die erste 25er Packung öffnete, fand ich darin Zinnsoldaten. Ich erkläre Ihnen hiermit, dass ich, wenn diese heute bezogenen 500 Stück verbraucht sind, solange keine Zigaretten aus Ihrem Betrieb rauchen werde, bis Sie die Beigabe Ihrer Zinnsoldaten eingestellt haben. Sie können sicher überzeugt sein, dass vielleicht dreiviertel Ihrer Kunden, die diese Zinnsoldaten erhalten, diese in den Müllkasten oder ins Wasser, wo es am tiefsten ist, werfen, damit nicht etwa noch die harmlosen Kinder verseucht und zur Kriegspsychose erzogen werden. Es wäre wirklich besser und Sie würden Ihren Kunden viel besser dienen, wenn Sie ihnen durch einen eventuellen Preisnachlass oder durch eine Verbesserung der Qualität entgegenkommen würden."

Berliner Viehmarkt.

(20. Dez.)

SPD. Der Dienstagmarkt gilt als eigentlicher Hauptweihnachtsmarkt für Kleinvieh. Im Gegensatz zu früheren Jahren hielt sich aber das Angebot in Grenzen. So konnten durchweg höhere Preise durchgesetzt werden. Am Schweinemarkt war glattes Geschäft bei in allen Klassen anziehenden Preisen. Infolge grosser Knappheit konnten prima Lämmer besonders gewinnen. Ebenso waren prima Kälber knapp und höher bezahlt.

Notierungen: Schweine: a. über 300 Pfund -, b. 240 bis 300 Pfund 41-42 (38-39), c. 200 bis 240 Pfund 40 - 42 (37-38), d. 160 bis 200 Pfund 39 - 41 (34 - 37), e. 120 bis 160 Pfund 35 - 38 (32 - 34), Sauen 35 - 36 (34). Schafe: a. 30-31 (29), b. 27-28, (26-28), c. 24-25 (23-26), d. 17-23 (15-22). Kälber: b. 40-46 (38-43). c. 28-38 (27-35), d. 18-25 (17-25). Kühe: a. 21-24 (23-25), b. 18-20 (18-21), c. 15-17 (15-17), d. 10-14 (10-14).

Wie lange noch?

(Berliner Getreidebörse vom 20. Dezember)

SPD. Die Situation an der Getreidebörse hat sich am Dienstag weiter verschlechtert. Soweit vom Weihnachtsgeschäft in Mehl überhaupt die Rede sein konnte, hat es jetzt, kurz vor den Festtagen, sein Ende erreicht. Dagegen ist das Angebot in Brotgetreide, das am Montag etwas abzuflauen schien, wieder stärker geworden. Die Stützungsstellen mussten am Lieferungsmarkt in erheblichem Ausmass kaufen. Dabei ermässigten sich die Notierungen für Weizen und Roggen bis um $1\frac{1}{2}$ Mark. Für Hafer war die Lage noch schlechter. Die Mainotierung büsste 3 Mark ein. Am Promptmarkt verlor Weizen 1 Mark. Die Roggennotiz blieb unverändert. Das Geschäft im Roggenmehl lag völlig leblos. Weizenmehl wurde von den Mühlen billiger angeboten.

	<u>19.12.</u>	<u>20.12.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	186 - 188	185 - 187
Roggen	152 - 154	152 - 154
Braugerste	166 - 175	166 - 175
Futter- und Industrierogerste	158 - 165	158 - 165
Hafer	114 - 119	113 - 118
Weizenmehl	23,50-26,40	23,25-26,25
Roggenmehl	19,00-21,40	19,00-21,40
Weizenkleie	9,00- 9,30	8,90- 9,25
Roggenkleie	8,70- 9,00	8,70- 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 199-198 $\frac{1}{2}$ (Vortag: 200) März 202 $\frac{1}{2}$ -202 (203 $\frac{1}{2}$), Mai 205-204 $\frac{1}{2}$ -205 (206). Roggen Dezember 162 $\frac{1}{2}$ -162 $\frac{1}{2}$ (163 $\frac{1}{2}$), März 165-164 $\frac{1}{2}$ (166 $\frac{1}{2}$), Mai 167 $\frac{1}{2}$ -166 $\frac{1}{2}$ (169). Hafer März 120-120 Geld, Mai 123 bis 123 $\frac{1}{2}$.

Rauhfutternotierung.

(Berlin, 20. Dez.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)		RM 0,65 - 0,85
" Weizenstroh	"	" 0,45 - 0,55
" Haferstroh	"	" 0,45 - 0,55
" Gerstenstroh	"	" 0,45 - 0,55
Roggen-Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt		" 0,75 - 1,00
Bündfadengepresstes Roggenstroh		" 0,55 - 0,75
" Weizenstroh		" 0,45 - 0,55
Häcksel		" 1,30 - 1,45
	Tendenz: still	
Handelsübliches Heu, gesund und trocken		" 1,10 - 1,30
Gutes Heu, gesund und trocken		" 1,80 - 2,15
Luzerne, lose		" 2,25 - 2,55
Thymothee, lose		" 2,30 - 2,60
Kleeheu, lose		" 2,10 - 2,40
Drahtgepresstes Heu		Pf. 40 über Notiz.
	Tendenz: ruhig	